

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Foto: © master1305 - stock.adobe.com

Legislaturperiode 2023-2028

Was die Politik weiterbringen soll und was die Parteien zu unseren Vorschlägen sagen

Jubiläum

75 Jahre SGBCISL

Familien

Infos zu ISEE und
Unterstützungsleistungen





IMPRESSUM

**SOLIDARITÄT
SOLIDARIETÀ**

Zeitschrift des SGBCISL
Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977
Presserechtlich verantwortlich:
Florian Kronbichler
ROC-Eintragung Nr. 22308
vom 19.1.2012

Druck:
Tip. Tezzele by Esperia, Bozen

Redaktion:
Donatella Califano,
Tila Mair, Omar Covi,
Josef Untermarzoner,
Michael Raveane, Armin Pircher

Kontakt:
armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402



Foto: © peshkova - stock.adobe.com

Leitartikel

Für eine gerechte, inklusive, moderne Gesellschaft3

Titelthema

Legislaturperiode 2023-2028:
was die Gewerkschaften fordern.....4-5

Die Stellungnahmen der Parteien..... 6-11

Organisation

Unterschriften für mehr Beteiligung12
Wir werden 7512

Aus den Bezirken

Merans Pferderennplatz: Tradition trifft auf modernen Wandel 13
Vereinbarkeit Familie-Beruf: ein Gebot für das Wohlbefinden
der Arbeitnehmer14
Viel Platz für Innovation in Bruneck 15

Steuerdienst

ISEE: der andere Elternteil ist immer anzugeben16

Patronat

Wirtschaftliche Leistungen für Familien mit Kindern - einige Hinweise..... 17

Vermischtes

Verbraucherrubrik.....18

Kultur & Freizeit

Aktuelle Angebote19

Zu guter letzt

Solidarität für20

Für eine gerechte, inklusive, moderne Gesellschaft



Donatella Califano
SGBCISL-Generalsekretärin

Wir stehen kurz vor der Landtagswahl und schauen mit großem Interesse auf die möglichen neuen politischen Szenarien. Aufgrund der schwierigen sozio-ökonomischen und geopolitischen Lage und auch wegen der großen Veränderungen ist unsere Gesellschaft mit vielen komplexen Herausforderungen konfrontiert. Diese betreffen die soziale Gerechtigkeit, das Wirtschaftswachstum, die Weiterentwicklung der Produktionssysteme, die Arbeitswelt, die Aushandlung neuer Rechte.

Arbeitssicherheit, Rechte der Arbeitnehmer/innen, Löhne und Renten, die den Lebenshaltungskosten entsprechen, soziale Absicherung, Nachhaltigkeit und Schutz der Umwelt; all dies mit Blick auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit: Dies sind die Eckpunkte, auf denen der Vorschlags- und Forderungskatalog aufgebaut ist, den wir gemeinsam mit den anderen Gewerkschaftsbünden ausgearbeitet und der Politik unterbreitet haben. Wir stellen den Katalog in dieser Ausgabe vor.

Wir sind überzeugt, dass niemand in unserer Gesellschaft gleichgültig sein kann gegenüber den wachsenden Ungleichheiten und der fortschreitenden Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen. Immer mehr Menschen haben nur einen eingeschränkten Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie Bildung bzw. Bildungserfolg, Gesundheit und Arbeitsmöglichkeiten. Die Lösung dieser Probleme erfordert den politischen

Willen, diese wirklich anzugehen, und wirksame Gegenmaßnahmen.

Mitzubegleiten sind auch die sozialen und kulturellen Veränderungen: in den Familien, bei den Geschlechteridentitäten und in den Beziehungen zwischen verschiedenen Kulturkreisen. Die Schaffung einer inklusiven und offenen Gesellschaft ist eine Chance, die wir nutzen müssen.

Höhere Löhne, die Automatisierung der Arbeit und berufliche Aus- und Weiterbildung sind wichtig und notwendig. Sie reichen aber als Antwort gegen den Fachkräftemangel in Südtirol nicht aus. Es ist für inzwischen für jede politische Kraft offensichtlich, dass es ohne stabile und dauerhafte Zuwanderung nicht gehen wird, wobei die neuen Mitbürger wirklich integriert werden müssen. Dazu braucht es auch Lösungen für mehr leistbares Wohnen.

Diese Herausforderungen erfordern gemeinsame Anstrengungen vonseiten der Institutionen, der Zivilgesellschaft und jedes Einzelnen. Wir sind überzeugt, dass sich über den offenen Dialog und gezielte Maßnahmen eine gerechtere, inklusivere und modernere Gesellschaft aufbauen lässt. Wir werden uns mit Vorschlägen und tagtäglicher Arbeit weiterhin dafür einsetzen.

Donatella Califano

Wir zeigen wieder die Prioritäten auf

Was soll die Politik vorrangig weiterbringen? Die Gewerkschaften haben dazu klare Vorstellungen und legen der Politik vor der Landtagswahl 2023 wieder ihre Vorschläge für die kommende Legislaturperiode vor. Wir fassen die wichtigsten Punkte zusammen. Was die Parteien zu diesen Punkten sagen, ist auf den nachfolgenden Seiten nachzulesen.

Die Südtiroler Gewerkschaftsbünde AGB/CGIL, SGBCISL und UIL-SGK haben im Hinblick auf die Landtagswahl am 22. Oktober 2023 wieder einen Vorschlagskatalog ausgearbeitet. Darin werden nach Themenbereichen die gewerkschaftlichen Prioritäten und Anregungen für die nächsten fünf Jahre zusammengefasst. In den Wochen vor den Landtagswahlen finden Treffen mit den Vertreter/innen der wahlwerbenden Listen statt, um die Inhalte des Katalogs vorzustellen. Ziel ist es, die Themen, die für Arbeitnehmer und Rentner wichtig sind, ganz oben auf die politische Agenda zu bringen.

Bereits vor den Landtagswahlen 2008, 2013 und 2018 waren gewerkschaftliche Vorschlags- und Forderungskataloge ausgearbeitet und der Politik vorgestellt worden.

Eckpunkte des Vorschlagskatalogs:

Institutioneller Rahmen (Autonomie)

- › Einbeziehung der Gewerkschaften, wenn es in der 6er- und 12er-Kommission um das Thema Arbeit geht;
- › Einrichtung eines Instituts zur Bewertung öffentlicher Politik (nach dem Vorbild des IRVAPP im Trentino).

Arbeit

- › Öffentliche Beiträge und Steuerbegünstigungen nur für jene Betriebe, welche Kollektiv- und Zusatzverträge vollinhaltlich anwenden, die ein zusätzliches fixes Lohnelement vorsehen;
- › aktive Arbeitsmarktpolitik, Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (Projekt GOL), berufsbegleitende Weiterbildung;
- › zeitgerechte Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst; ausgelagerte Dienste sollten wieder von den öffentlichen Strukturen selbst erbracht werden;
- › Eine angemessene Zahl an





Die Gewerkschaften haben einen Katalog erarbeitet, um den Listen, die für die nächste Legislaturperiode in den Südtiroler Landtag gewählt werden möchten, aufzuzeigen, wofür sie sich stärker einsetzen sollten.

Arbeitsinspektoren und an Kontrollen; Schaffung eines einheitlichen, effizienten Inspektionsdienstes für mehr Arbeitssicherheit.

Digitalisierung

- › Ein informatisches System, das es erlaubt, alle Dienste und Daten zu vernetzen;
- › ein leichter Zugang zu den öffentlichen Diensten für Personen ohne ausreichende digitale Kenntnisse.

Steuerpolitik und Steuerhinterziehung

- › Erhebung zur Steuerhinterziehung in Südtirol, um Gegenmaßnahmen ausarbeiten zu können.

Gesundheitswesen

- › Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens, um die Verlagerung auf private Angebote einzubremsen;
- › Erstellung eines neuen Landesgesundheitsplans;
- › Gesundheitsvorbeugung und Bewusstseinsbildung.

Soziales

- › Anwendung der EEEV als lokalem Instrument zur Erhebung von Einkommen und Vermögen für Landesleistungen (ISEE nur für staatliche Leistungen);
- › Anpassung der Sozialleistungen an die reale Inflation;
- › Umsetzung des Landessozialplanes.

Wohnpolitik, Raumordnung

- › Wohnbauprogramm zur Schaffung von Unterkünften mit bezahlbarem Mietzins;
- › Die derzeitige Bindung auf Erstwohnungen und für Flächen, die mit Landeshilfen erworben wurden, ist zu verlängern.

Aus- und Weiterbildung, Forschung

- › Ausreichende Mittel für Aus- und Weiterbildung;
- › Stärkung der Grundausbildung und von beruflicher Umschulung.

Ökologische Nachhaltigkeit und Wandel

- › Landesklimaplan, Einbeziehung der Gewerkschaften;

- › Eine Einrichtung, die die Wirksamkeit und die Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen erhebt und überprüft.

Die Stellungnahmen der Parteien

Wir haben als SGBCISL von den Listen Stellungnahmen zu einigen Vorschlägen eingeholt. Diese sind auf den nachfolgenden Seiten abgedruckt. Damit ist nachvollziehbar, wer welche Punkte unterstützt und wer diese auch weiterbringt. Auch können wir während der Legislaturperiode von den gewählten Listen einfordern, vor der Wahl gegebene Versprechen auch zu halten.

DIE STELLUNGSNAHMEN DER PARTEIEN



ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN	Wir fordern, dass Steuererleichterungen und öffentliche Beiträge nur an jene Betriebe gehen sollen, welche die „repräsentativen“ Kollektiv- und Zusatzverträge vollinhaltlich anwenden, und die ein zusätzliches fixes Lohnelement vorsehen (gegenüber den staatlich verhandelten Beiträgen). Unterstützt ihr diese Forderung?	Um die hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol auszugleichen, sind in Südtirol auch höhere Löhne nötig. Dafür braucht es Zusatzverträge und Betriebsabkommen. Ein zusätzliches Lohnelement (Südtirol-Lohn) muss von den Sozialpartnern ausgehandelt werden und nach Kategorien und Berufsbildern differenziert werden. Unternehmen, die höhere Löhne bezahlen, erhalten bei Ausschreibungen den Vorzug.	Wir erachten das für den richtigen Weg. Auch in unserem Programm steht im ersten Punkt die Förderung der territorialen Löhne. Wir schlagen vor, Bedingungen einzuführen, sei es für öffentliche Beiträge als auch für Steuererleichterungen, so wie z.B. jene, die an die Reduzierung der IRAP gebunden waren. Wir haben versucht diese zu verteidigen, aber umsonst.
ARBEITSSICHERHEIT	Es braucht eine angemessene Zahl an Arbeitsinspektoren und an Kontrollen sowie die Einrichtung eines einheitlichen, effizienten Inspektionsdienstes. Einverstanden?	Das Landes-Arbeitsinspektorat ist seit Jahren personell unterbesetzt – und das in einer Provinz mit der höchsten Rate an Arbeitsunfällen in Italien. Eine bessere Koordinierung zwischen Arbeitsinspektorat, INAIL und INPS ist zweifelsfrei begrüßenswert. Inwiefern es sinnvoll und autonomiepolitisch machbar ist, die Zuständigkeiten zusammenzulegen, muss näher ergründet werden.	Ja, wir haben uns sogar gegen den Übergang der INPS-Arbeitsinspektoren an das Land gestellt, weil dies de facto die Zahl der Kontrollen drastisch reduziert und die Unabhängigkeit dieser Struktur geschmälert hat. Die Vorbeugung von Arbeitsunfällen führt über gezielte und effiziente Kontrollen. In den vergangenen Jahren sind wir in die entgegengesetzte Richtung gegangen.
QUALITÄT DER ARBEIT	Wir fordern eine zeitgerechte Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst. Ausgelagerte Dienste sollten wieder von den Verwaltungen selbst erbracht werden. Wie steht ihr dazu?	Die Tarifverhandlungen des BüKV und insbesondere der Bereichsverträge werden derzeit mit großer Verspätung geführt. Statt Lohnerhöhungen gibt es immer öfter nur Una-Tantum-Zahlungen. Neben Inflationsanpassungen sind auch Lohnerhöhungen notwendig. Bei künftigen Auslagerungen von Dienstleistungen ist darauf zu achten, dass diese nicht zu höheren Kosten bei geringerer Qualität führen.	Ja, auch die Anpassung der Gehälter der Arbeitnehmer und der Renten an die Inflation stehen in unserem Programm im ersten Punkt. Wir sind für die Wiedereingliederung der ausgelagerten Dienste, oder zumindest für mehr Kontrolle und Schutz, da diese in Wirklichkeit mehr schlecht bezahlte Arbeit und Ausbeutung gebracht haben.
GESUNDHEITSWESEN	Unser Ziel ist die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dienste in Konvention sollen wieder vom öffentlichen Gesundheitswesen selbst erbracht werden. Wie seht ihr das?	Öffentliche Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht. Sie muss unabhängig von Geldbeutel und Wohnort gewährleistet sein. Eine bestmögliche Grundversorgung vor Ort durch Hausärzte und Pflegepersonal entlastet die Krankenhäuser. Um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, sind Vereinbarungen mit privaten Einrichtungen zu treffen. Die Kosten müssen den Patientinnen und Patienten erstattet werden.	Solange diese Notsituation im Gesundheitswesen andauert, glauben wir, dass grundlegende Dienste auch in Synergie mit der Privatsanität erbracht werden können, während für weitere, zusätzliche Leistungen ein Gleichgewicht notwendig ist auch um die Kosten beizubehalten. Vorrangig ist, die Pflege auf territorialer Ebene zu stärken, dies ist eine Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens
SOZIALES	Wir erachten die EEVE als ein wertvolles Instrument. Würdet ihr es befürworten, die ISEE nur für staatliche Leistungen anzuwenden? Unterstützt ihr die Forderung, Sozialleistungen und die Einkommensgrenzen dafür an die reale Inflation anzupassen?	Die parallele Anwendung von EEVE und ISEE ist jedenfalls mit einem enormen bürokratischen Aufwand für die Bürger:innen verbunden und sorgt für Verwirrung. Die Überarbeitung der EEVE ist längst überfällig, wird aber immer wieder aufgeschoben. Eine Anpassung der Beträge und Einkommensgrenzen an die Inflation ist notwendig, um die Wirksamkeit der Sozialleistungen zu gewährleisten.	Ja, die EEVE ist das Instrument das die wirtschaftliche und soziale Lage auf lokaler Ebene am präzisesten abbildet. Die Anpassung der Sozialleistungen an die Inflation sollte von einem Automatismus gewährleistet werden, sonst wächst die Zahl jener, die nicht Zugang haben obwohl sie diese brauchen.
WOHNEN	Seid ihr für ein öffentliches Wohnbauprogramm zur Errichtung von Wohnungen mit gedeckeltem/bezahlbarem Mietzins? Seid ihr dafür, die derzeitigen Bindungen auf Erstwohnungen/Flächen, die mit Landeshilfen erworben wurden, zu verlängern?	Wir fordern ein öffentliches Wohnbauprogramm. Bis 2030 soll das WOBI 4.000 Mietwohnungen bauen. Damit junge Menschen in Südtirol bleiben oder nach Südtirol zurückkehren, brauchen sie bezahlbaren Wohnraum. Ohne entsprechende Wohnmöglichkeiten können Fachkräfte nicht nach Südtirol gelockt werden. Die Fördermittel für den geförderten Wohnbau müssen angepasst und gleichzeitig die Bindungsfristen verlängert werden.	Ja, wir sind für ein Sonderbauprogramm und für die Bereitstellung, mehr noch als den Bau, von Wohnungen mit gedeckeltem Mietzins, als auch für die Verlängerung der derzeitigen Bindungen bei Landeshilfen, aber das reicht nicht: es braucht wirksamere steuerliche Maßnahmen um die Spekulation zu verhindern und der Ausbreitung von touristisch genutzten Immobilien mit ausländischem Kapital entgegenzuwirken.

Nb: Die Reihenfolge der Antworten entspricht der Reihung der Listenzeichen auf den Stimmzetteln.

Bei Redaktionsschluss waren die Antworten der Liste „Centro destra“ nicht eingegangen, diese scheint somit auf diesen Seiten nicht auf.

ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN			
ARBEITSSICHERHEIT	<p>Als Unternehmer, der seine Mitarbeiter nahezu immer über den Kollektivvertrag bezahlt hat, unterstützen wir als ENZIAN die Forderung vollinhaltlich. Generell unterstützen wir Leistung, sowie ergebnisbezogene Bezahlung aller Mitarbeiter, egal aus welchem Bereich.</p>	<p>Absolut. Vor allem der Umstand, dass ein zusätzliches fixes Lohnelement angewandt wird, ist wesentlich, um den hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol Rechnung zu tragen. Die staatlichen Kollektivverträge mögen in Sizilien passen, für Südtirol sind die Löhne zu gering bemessen.</p>	<p>Ja. Die Lebenshaltungskosten und die Inflation sind höher als anderswo. Wir wollen die Rolle der Gewerkschaften bei Steuererleichterungen und öffentlichen Subventionen aufwerten und die zweite Verhandlungsebene stärken, auch über landesspezifische Maßnahmen. Geregelt Löhne und Beiträge führen zu besseren Renten. Gute Arbeitspolitik schafft gute Lebensbedingungen für alle.</p>
QUALITÄT DER ARBEIT	<p>Nein, wir von ENZIAN sind nicht einverstanden. Ich bin für praxisnahe sowie umsetzbare Arbeitssicherheits-Vorkehrungen und Präventivmaßnahmen, um möglichst jeden Arbeitsunfall zu vermeiden! Jeder Arbeitsunfall ist einer zu viel! Jedoch sind wir gegen jeden bürokratischen Zusatzaufwand. Gegen jede Ahndung von Formfehlern und gegen zig Paragraphen, die mit praktischer Arbeitssicherheit nichts zu tun haben und die keinen einzigen Unfall verhindern können!</p>	<p>Einverstanden.</p>	<p>Selbstredend ja. Arbeitsunfälle sind eine Tragödie für den Einzelnen, die ganze Familie und die Kolleg:innen. Wir brauchen eine Kultur der Sicherheit. Der dreijährige Claudiana-Kurs kann einen Beitrag leisten. Die Ausbildung muss in allen Sektoren verstärkt werden, mit besonderem Augenmerk auf Sicherheitsverantwortliche der Arbeiter und Unternehmen.</p>
GESUNDHEITSWESEN	<p>Grundsätzlich stehen wir für jede qualitative Verbesserung in jeder Hinsicht. Mit so vielen Bediensteten im öffentlichen Dienst sind schon längst Maßnahmen und Vereinfachungen überfällig. Der gesamte öffentliche Dienst bedarf einer Generalsanierung zum Wohle aller! In erster Linie den Mitarbeitern zugute und zuliebe.</p>	<p>Im öffentlichen Dienst werden teilweise antiquierte Verträge angewandt. Es ist unverständlich, dass die politisch Verantwortlichen nicht schon lange gehandelt haben. Wir fordern ganz dezidiert den zeitnahen Abschluss neuer Verträge.</p>	<p>Die Verlängerung von auslaufenden Verträgen ist ein Recht der Arbeitnehmer und eine Pflicht der Arbeitgeber, umso mehr, wenn es sich um öffentliche Einrichtungen handelt, die mit gutem Beispiel vorangehen müssen.</p>
SOZIALES	<p>Unser Gesundheitswesen ist selbst der größte Patient. Sobald dieser funktioniert erledigt sich dieses Phänomen von selbst. Wir haben in der Praxis schon längst eine Zwei-Klassenmedizin. Die Kehrtwende wird kommen, sobald das Gesundheitswesen besser und zuverlässiger funktioniert und im Stande ist die Wartezeiten zu verkürzen. Unserer Meinung nach sollte die Sanität wie auch die Öffentliche Verwaltung einiges von der Privatwirtschaft abschauen und lernen.</p>	<p>In der Regel sind wir der Meinung, dass das öffentliche Gesundheitswesen von der öffentlichen Hand erbracht werden soll. Kurzfristig – bei Personalmangel – kann eine Konventionierung Sinn machen. Diese sollte aber zeitlich begrenzt sein und in der Zwischenzeit sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Konventionierung wieder rückgängig machen zu können.</p>	<p>Wir wollen das öffentliche Gesundheitswesen stärken und trauern den Zeiten nach, in denen unsere Provinz mit der Effizienz ihres öffentlichen Gesundheitsdienstes prahlen konnte. Konventionen mit Privaten machen Sinn, wenn sie unverzichtbar sind und Fachkräfte brauchen. Die Gesundheit ist ein unwichtiges Gut, das nicht nur mit Geld zu haben sein darf.</p>
WOHNEN	<p>Eine Anpassung können wir unterstützen.</p>	<p>Die EEVE für lokale Leistungen anzuwenden, unterstützen wir. Wir stellen aber fest, dass es einer Reform bedarf, um die EEVE zielgerichteter zu gestalten. Unbedingt sind dafür Sozialleistungen und die Einkommensgrenzen an die reale Inflation anzupassen.</p>	<p>Die EEVE war eine Errungenschaft der Gewerkschaften. Es liegt auf der Hand, dass für die nationalen Leistungen die ISEE-Erklärung verwendet werden sollte. Nun muss eine Vereinfachung gefunden werden, um diejenigen, die nicht wissen, wie und wann sie die eine oder andere Bescheinigung verwenden sollen, nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Die Menschen dürfen nicht den Eindruck haben, dass wir nur die Bürokratie erhöht haben.</p>
	<p>Können wir beides unterstützen und dafür stimmen. Allerdings sind die jeweiligen Anforderungen zu berücksichtigen, zu überdenken und zu überarbeiten. Mit den Anforderungen sind die allgemeinen Auflagen gemeint für den Bau oder Erwerb, diese den Mietzins nach oben treiben. Auch der bzw. mehr Schutz von Vermietern.</p>	<p>Das Thema Wohnen ist neben dem Thema Löhne eines der dominierenden Themen. Alle Maßnahmen, die dazu dienen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, unterstützen wir. Jedoch sind wir dagegen, Bindungen auf Wohnungen, die bereits erworben wurden, zu verlängern. Dies, weil der Käufer damals ein anderes Versprechen erhalten hat und sich auf die Zusagen der öffentlichen Verwaltung verlassen können muss.</p>	<p>Das Recht auf Wohnung ist unveräußerlich. Wir brauchen einen Landeswohnungsplan für mindestens 3.000 neue Wohnungen für junge Menschen und Familien zu einem anständigen Preis. Wir müssen den Mietfonds und jenen zur Bekämpfung von unverschuldeter Säumigkeit wiederbeleben. Außerdem: Tourismusplattformen und Kurzzeitvermietungen; Wohnbaugenossenschaften; Wohnqualität: Dienstleistungen und Geselligkeit, Berücksichtigung aller Altersgruppen, Menschen mit Beeinträchtigung.</p>

DIE STELLUNGEN NAHMEN DER PARTEIEN

			
ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN	Wir fordern, dass Steuererleichterungen und öffentliche Beiträge nur an jene Betriebe gehen sollen, welche die „repräsentativen“ Kollektiv- und Zusatzverträge vollinhaltlich anwenden, und die ein zusätzliches fixes Lohnelement vorsehen (gegenüber den staatlich verhandelten Beträgen). Unterstützt ihr diese Forderung?	Wir unterstützen diese Forderung. Wir glauben auch, dass ein Gesetz zum gewerkschaftlichen Vertretungsanspruch notwendig ist.	Die Verhandlungen auf Landesebene sind das Instrument, um das Lohngefälle zu bekämpfen und die Kaufkraft der Menschen zu verteidigen.
ARBEITSSICHERHEIT	Es braucht eine angemessene Zahl an Arbeitsinspektoren und an Kontrollen sowie die Einrichtung eines einheitlichen, effizienten Inspektionsdienstes. Einverstanden?	Es sind dringend die Voraussetzungen zu schaffen, um die zweisprachigen, an der Claudiana ausgebildeten Inspektoren als Arbeitsinspektoren anstellen zu können.	Ja, die Zahl sollte mindestens dieselbe sein wie jene in der Provinz Trient.
QUALITÄT DER ARBEIT	Wir fordern eine zeitgerechte Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst. Ausgelagerte Dienste sollten wieder von den Verwaltungen selbst erbracht werden. Wie steht ihr dazu?	Das unterstützen wir. Der öffentliche Dienst kann den Privatsektor mitziehen.	Wir sind für die Erneuerung der Verträge im öffentlichen Dienst, was die Auftragsvergabe anbelangt, muss man je nach Dienst bewerten.
GESUNDHEITSWESEN	Unser Ziel ist die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dienste in Konvention sollen wieder vom öffentlichen Gesundheitswesen selbst erbracht werden. Wie seht ihr das?	Wir sind einverstanden. Wir sind für ein starkes und bürgernahes öffentliches Gesundheitswesen.	Wir müssen die wohnortnahe Versorgung stärken, indem wir Polyambulatorien einrichten, um die Krankenhäuser zu entlasten. Die Dienste in Konvention müssen miteinander konkurrieren.
SOZIALES	Wir erachten die EEVE als ein wertvolles Instrument. Würdet ihr es befürworten, die ISEE nur für staatliche Leistungen anzuwenden? Unterstützt ihr die Forderung, Sozialleistungen und die Einkommensgrenzen dafür an die reale Inflation anzupassen?	Die ISEE soll weiterhin für staatliche Leistungen gelten, die EEVE kann eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, ein Gesamtbild zu erhalten, um konkrete und zielgenaue Maßnahmen ausarbeiten zu können. Wir werden uns für die Inflationsanpassung einsetzen.	Es ist nützlich, wenn Bürger nicht verschiedene Unterlagen einreichen müssen, um eine Sozialleistung zu beziehen, aber natürlich muss die reale Einkommenssituation der Antragsteller erhoben werden.
WOHNEN	Seid ihr für ein öffentliches Wohnbauprogramm zur Errichtung von Wohnungen mit gedeckeltem/bezahlbarem Mietzins? Seid ihr dafür, die derzeitigen Bindungen auf Erstwohnungen/Flächen, die mit Landeshilfen erworben wurden, zu verlängern?	Wir unterstützen es, wenn die öffentliche Hand im Mietmarkt eingreift, es braucht preisgebundene Mieten. Wir sind für die Verlängerung der Bindungen.	Wir möchten mit den Bauträgern sprechen und dem Genossenschaftswesen, um in kurzer Zeit wenigstens 5.000 Wohnungen auf den Immobilienmarkt zu bringen, damit die Preise sinken und um mehr Menschen ein Heim zu ermöglichen.

Nb: Die Reihenfolge der Antworten entspricht der Reihung der Listenzeichen auf den Stimmzetteln.
Bei Redaktionsschluss waren die Antworten der Liste „Centro destra“ nicht eingegangen, diese scheint somit auf diesen Seiten nicht auf.

			
ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN	Einverstanden mit dem Vorschlag, in Anbetracht der vielen Kollektivverträge, die von nicht repräsentativen Sozialpartnern unterzeichnet sind. So ist es erforderlich, dass die Ausschreibungen nicht mit dem höchsten Abschlag vergeben werden, sondern dass Betriebe belohnt werden, die repräsentative und sofern vorhanden territoriale Zusatzverträge anwenden, damit sie nicht vom Markt verdrängt werden.	Wir sind dafür, dass Unternehmer, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, auch Vorteile gegenüber Staat und Steuerlast erfahren.	Wir unterstützen diese Forderung in dem das zusätzliche Lohnelement für Betriebe ein Pflichtkriterium zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen werden muss. Zudem muss es Voraussetzung für den Anspruch auf öffentliche Beiträge und einen reduzierten IRAP-Steuersatz angewandt werden.
ARBEITSSICHERHEIT	Diese Forderung ist zu unterstützen, ohne Wenn und Aber. Unsere Provinz hat gemessen an Arbeitnehmern und Betrieben eine hohe Zahl an Unfällen. Einige Branchen, wie die Landwirtschaft, sind ohne Kontrollen. Andere, wie das Bauwesen, erreichen ohne effektive Kontrollen keine guten Ergebnisse, trotz des Einsatzes der bilateralen Körperschaften.	Was ist eine angemessene Zahl und wer legt das fest? Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass viel mehr Kontrollendienste lokal d.h. von Südtirol übernommen werden. Dies in der Hoffnung, einen effizienteren Dienst gewährleisten zu können.	Eine angemessene Zahl an Arbeitsinspektoren ist angebracht. Sie sollten aber in erster Linie Partner der Betriebe sein und beraten, nicht nur strafen. Darüber hinaus gilt es im Bereich der Arbeitssicherheit verstärkt die Eigenverantwortung eines jeden einzelnen anzusprechen und vermehrt auf praktischen Arbeitsschutz, anstatt auf die Sicherheitsbürokratie hinzuarbeiten.
QUALITÄT DER ARBEIT	Die pünktliche Erneuerung der Verträge im öffentlichen Dienst ist Pflicht. Die Wiedereingliederung von ausgelagerten Diensten muss Fall für Fall betrachtet werden. Es ist zu bewerten, ob die Auftragsvergabe auf den höchsten Abschlag abzielt und zu niedrigeren Löhnen führt oder zu mehr Effizienz. Oder ob Personal fehlt wegen externer Faktoren (z.B. verpflichtende Zweisprachigkeit etc.)	Diese Ansicht teilen wir. Lange schon sind erforderliche Anpassungen überfällig.	Der öffentliche Dienst muss seine Dienstleistungen für die Bürger in einer bestimmten Qualität erfüllen. Wenn die ausgelagerten Dienste die geforderte Qualität nicht erfüllen, so sind die Dienste wieder von der öffentlichen Verwaltung selbst zu erbringen.
GESUNDHEITSWESEN	Das Gesundheitswesen macht 1,5 Mrd. bei insgesamt 6,4 Mrd. Landeshaushalt aus. Die Parameter der Pro-Kopf-Ausgaben müssen auf das Niveau der besten Regionen gebracht werden, unter Berücksichtigung der Grundleistungen. Die Zusammenarbeit mit Privatstrukturen muss „gesteuert“ werden, als Ergänzung der öffentlichen Dienste und nicht um sie zu ersetzen.	Natürlich muss das öffentliche Gesundheitswesen gestärkt und ausgebaut werden. Da stehen wir hundertprozentig dafür. Damit dies aber auch für den Bürger sinnvoll und effizient geschehen kann, wird es einen Umbau des Gesundheitssystems brauchen. Derzeit scheint es jedoch in die völlig entgegengesetzte und somit falsche Richtung zu gehen.	Um die öffentlichen Einrichtungen zu entlasten, muss eine enge Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen gefördert werden. Dadurch können Krankenhaus-Ambulanzen entlastet, OP- und Ambulanz-Wartezeiten reduziert und die freie und persönliche Arztwahl gestärkt werden.
SOZIALES	Die „politische“ Entscheidung zwischen EEVE und ISEE als Bemessungsinstrument für den Zugang zu Sozialleistungen muss aufgrund von technischen Bewertungen gemacht werden, und mit dem Ziel, die Leistungen von Staat und Land zu vereinfachen. Das zweigleisige System ist zu aufwändig. Ja zur Anpassung der Sozialleistungen an die Inflation.	Absolut JA! Ob jedoch die EEVE "Einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung" wirklich Auskunft über die wirtschaftliche Situation des Bürgers gibt, muss jedoch bezweifelt werden.	Die EEVE greift zu kurz und muss reformiert werden. Wir befürworten, dass die ISEE nur für staatliche Leistungen anzuwenden ist. Hinsichtlich der Inflationsanpassung muss das Land noch seine Aufgaben machen: So hat beispielsweise Italien das einheitlichen Familiengeld („assegno unico“) im Frühjahr an die Inflation angepasst. Das Land Südtirol muss bei seinen Unterstützungsleistungen nachziehen und Sozialleistungen an die Inflation anpassen.
WOHNEN	Ein Wohnbauprogramm zur Errichtung von Wohnungen mit preisgebundenem Mietzins ist nicht aufschiebbar, es ist auch wichtig für das soziale und wirtschaftliche Gefüge, gerade in den Ballungszentren. Daneben sind auch Formen von Zusammenarbeit von Privaten ohne Gewinnabsichten, etwa die Kooperation, die es den Bürgern erlaubt, das Problem selbst zu lösen.	Natürlich sind wir dafür. Wenn wir uns die Zahlen der letzten Jahre anschauen, so sind wesentlich weniger Programme umgesetzt worden als noch vor Jahren. Bezahlbare Mieten, könnten auch durch flankierende Maßnahmen (starke GIS-Reduzierung und geringerer Steuersatz für Mieteinnahmen) gefördert werden. Auch die Verlängerung der Bindungen kann eine gute Maßnahme sein.	Wir sind für ein Wohnbauprogramm mit klaren Regeln: Die überproportional hohe Zuweisung von Sozialwohnungen an Nicht-EU-Bürger muss beendet werden. Wir sind gegen eine Verlängerung der derzeitigen Bindungen auf Erstwohnungen – vielmehr sollten Grundeigentümer dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil der Fläche für Wohnungen mit Preisbindung an Ansässige zu vergeben.

DIE STELLUNGSNAHMEN DER PARTEIEN



	ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN	ARBEITSSICHERHEIT	QUALITÄT DER ARBEIT	GESUNDHEITSWESEN	SOZIALES	WOHNEN
	Wir fordern, dass Steuererleichterungen und öffentliche Beiträge nur an jene Betriebe gehen sollen, welche die „repräsentativen“ Kollektiv- und Zusatzverträge vollinhaltlich anwenden, und die ein zusätzliches fixes Lohnelement vorsehen (gegenüber den staatlich verhandelten Beträgen). Unterstützt ihr diese Forderung?	Ja	Sicherlich braucht es ein zusätzliches Lohnelement gegenüber den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen, die dem Südtiroler Preisniveau nicht angemessen sind. Der im Land erwirtschaftete Reichtum muss auch auf die Arbeit umverteilt werden, die diesen ja miterwirtschaftet, auch in Anbetracht der Tatsache, dass das Steueraufkommen größtenteils in Südtirol bleibt und auch die wirtschaftlichen Tätigkeiten mitfinanziert.			
	Es braucht eine angemessene Zahl an Arbeitsinspektoren und an Kontrollen sowie die Einrichtung eines einheitlichen, effizienten Inspektionsdienstes. Einverstanden?	Ja	Absolut ja. Die Arbeit muss in jeglicher Hinsicht sicher sein. Es ist nicht zulässig, dass es Unterlassungen im Bereich der Arbeitssicherheit gibt. Es braucht also eine große Anstrengung, um das Inspektorat mit motiviertem und hochqualifiziertem Personal zu stärken.			
	Wir fordern eine zeitgerechte Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst. Ausgelagerte Dienste sollten wieder von den Verwaltungen selbst erbracht werden. Wie steht ihr dazu?	Ja	Die Erneuerung der Verträge im öffentlichen Dienst ist eine Pflicht der Verwaltung, gerade in Zeiten hoher Inflation, sonst lastet dies auf den Beziehern von fixen Einkommen. Dies gilt umso mehr, für alle öffentlichen Landesinstitutionen, die eine weitreichende Eigenständigkeit haben und bedeutende Haushaltsmittel aufgrund der Steuereinnahmen.			
	Unser Ziel ist die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dienste in Konvention sollen wieder vom öffentlichen Gesundheitswesen selbst erbracht werden. Wie seht ihr das?	Kurzfristig nein, folglich mehr Konventionen öffentlich-privat.	Wir sind einverstanden.			
	Wir erachten die EEVE als ein wertvolles Instrument. Würdet ihr es befürworten, die ISEE nur für staatliche Leistungen anzuwenden? Unterstützt ihr die Forderung, Sozialleistungen und die Einkommensgrenzen dafür an die reale Inflation anzupassen?	Ja	Wir sind einverstanden.			
	Seid ihr für ein öffentliches Wohnbauprogramm zur Errichtung von Wohnungen mit gedecktem/bezahlbarem Mietzins? Seid ihr dafür, die derzeitigen Bindungen auf Erstwohnungen/Flächen, die mit Landeshilfen erworben wurden, zu verlängern?	Ja	Das Wohnbauprogramm muss gut durchdacht sein, um Nachfrage und Angebot aufeinander abzustimmen. Die am stärksten benachteiligten Einkommensgruppen sollen angemessene Chancen haben. Es gilt auch Wohnformen wie das Cohousing für Studenten in Betracht zu ziehen, die jedenfalls ad hoc Wohnangebote brauchen, ohne dass der Wohnungsmarkt verzerrt wird. Ja zur Verlängerung der Bindung, mit Verpflichtung der Verwaltung zum ersten Punkt.			

Nb: Die Reihenfolge der Antworten entspricht der Reihung der Listenzeichen auf den Stimmzetteln.

Bei Redaktionsschluss waren die Antworten der Liste „Centro destra“ nicht eingegangen, diese scheint somit auf diesen Seiten nicht auf.

			
ARBEIT UND ENTLOHNUNGEN	Ja. Die SVP-ArbeitnehmerInnen betonen immer wieder, dass es in diese Richtung gehen soll und muss. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, dass im Einvernehmen mit den Gewerkschaften dazu ein Gesetzestext erarbeitet wird. Damit sollen die lokalen Verhandlungen angestoßen und interessant gemacht werden.	Steuerbegünstigungen und öffentliche Beiträge müssen an jene vergeben werden, die diese auch wirklich verdienen. So kann es Parameter geben die Punkte bringen, etwa für: Arbeitssicherheit, vollinhaltliche Anwendung von gesamtstaatlichen Kollektivverträgen und eventuell von Zusatzverträgen, unternehmerische Nachhaltigkeit, Vereinbarkeit Beruf Familie, Gleichstellung von Männern und Frauen.	Wir stehen für Territorialabkommen, die eine Differenzierung ermöglichen und die Produktivität der Arbeitsnehmer belohnen. Diese zusätzlichen Lohnbestandteile sollten einer bevorzugten Besteuerung unterliegen.
ARBEITSSICHERHEIT	Ja, es gibt leider noch immer zu viele Arbeitsunfälle in Südtirol. Es braucht mehr Prävention und Überzeugungsarbeit. Dafür brauchen wir eine angemessene Anzahl von Inspektoren damit Kontrollen effizient stattfinden können. Es geht nun primär darum, die vakanten Stellen im Arbeitsinspektorat zu besetzen.	Arbeitssicherheit hat höchste Priorität. Arbeitsunfälle und Todesfälle am Arbeitsplatz sind ein nicht hinnehmbares Übel, und die Zahlen scheinen nicht zu sinken. Einerseits braucht es mehr Kontrollen mit einer angemessenen Zahl von Inspektoren, andererseits sind die zivil- und strafrechtlichen Folgen für die Verantwortlichen in den Betrieben zu verschärfen. Allzu oft werden diese Themen unterschätzt.	Wir sind für einen integrierten und effizienten Dienst, insbesondere für die Verwaltungsfunktionen, aber Sicherheit am Arbeitsplatz erfordert auch die Verbreitung einer Risikomanagementkultur in den Unternehmen.
QUALITÄT DER ARBEIT	Wir sind einverstanden, dass die Erneuerung der Kollektivverträge im öffentlichen Dienst zu langsam geschehen. Wir stehen dafür, dass Südtirol ein effizientes Vertragssystem im öffentlichen Dienst aufbauen sollte. Es sollte darüber nachgedacht werden, die Inflationsanpassung jährlich zu verhandeln.	Die Erneuerung der Verträge und deren Anpassung sind grundlegend, um die Kaufkraft der Einkommen zu sichern, was sich auch auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Die Entscheidung, Dienste auszulagern oder nicht, muss aufgrund verschiedener Bewertungen erfolgen, nicht zuletzt der Tatsache, dass es in einigen Sektoren sehr schwierig ist Personal zu finden (z.B. Pflegebereich und Altersheime).	Wir möchten die Beamten in den Mittelpunkt der Modernisierung der öffentlichen Dienste stellen, ihnen Eigenverantwortung übertragen und Versicherungsschutz gewähren, Ergebnisverantwortung belohnen und Fortbildung fördern und dies in den Kollektivverträgen festschreiben. Die Entscheidung über die interne Abwicklung oder Auslagerung der Dienste, muss auf den Kriterien der Effizienz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit beruhen.
GESUNDHEITSWESEN	Genau so! Konventionierte Dienste sind zurzeit, als Übergangslösung dort erforderlich, wo die Wartezeiten zu lang sind. Mittelfristig müssen aber die Dienste vom Sanitätsbetrieb erbracht werden.	Das öffentliche Gesundheitswesen ist zu reformieren. Spitzenpositionen wie Generaldirektor und Primare müssen aufgrund von Erfahrung und Professionalität besetzt werden, die Politik ist davon fernzuhalten. Die Arbeitsbelastung des Personals muss überprüft und die Dienste neuorganisiert werden, wobei auf die territoriale Versorgung zu setzen ist. Dienste in Konvention sind nur notwendig, wenn sie intern nicht tragbar sind.	Die Entscheidung über die interne Abwicklung oder Auslagerung der Dienste, muss auf den Kriterien der Effizienz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit beruhen. Vorrangig geht es darum, den Bürgern zu dienen und mehr Dienstleistungen durch mehr Personal, längere Öffnungszeiten und eine bessere Ausstattung anzubieten. Wenn es an personellen Ressourcen mangelt, kann dies auch mit Unterstützung privater Strukturen geschehen.
SOZIALES	Ob EEVE oder ISEE, das Instrument muss funktionieren, bürgernah und sozial gerecht sein. Es sollte je nach Leistung jenes Instrument verwendet werden, welches in Hinblick auf Treffsicherheit und Aufwand für den Bürger am sinnvollsten ist. Für einige Leistungen kann das die EEVE sein, für andere die ISEE.	So wie es notwendig ist, Jahr für Jahr die Einkommen anzupassen, ist es auch erforderlich, mit der Zeit auch die Zugangsgrenzen zu Leistungen und Beiträgen zu überarbeiten, sonst entsteht eine große Ungleichheit zwischen Bürgern und mehr Menschen geraten in Schwierigkeiten.	Wir werden uns für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die soziale Gerechtigkeit einsetzen, und somit mit den Sozialpartnern zusammensetzen, um solche Maßnahmen zielführend umzusetzen.
WOHNEN	Es sind neue Formen von Wohnbauprogrammen anzudenken. Gemeinnütziger Wohnbau ist eines dieser Modelle, die geschaffen werden sollen, um bezahlbaren Wohnraum sei es in Miete, wie in Eigentum zu schaffen.	Wohnen ist eines der heißen Themen der nächsten 10 Jahre, gerade für junge Menschen, die eine Familie gründen wollen. Es ist an neue Formen zu denken, wie der Bau von Mietwohnungen, die zu einem bezahlbaren Preis vermietet werden, und dann von den Mietern gekauft werden können, wobei die bis dahin bezahlten Mieten als Akontozahlungen gelten.	Unter den Sofortmaßnahmen für ein leistbares Wohnen sehen wir die Schaffung eines Sondertopfs für Sozialwohnungsbau und Wohnbauförderung, sowie die Finanzierung des Ankaufs von Wohnungen durch Gemeinden zum Landeschätzpreis zur Vermietung an Ansässige für Hauptwohnsitz zum Landesmietzins vor. Eine generelle Verlängerung der derzeitigen Bindungen, macht keinen Sinn.

75 Jahre SGBCISL

Unsere Werte, unsere Geschichte – für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Unser Gewerkschaftsbund ist am 17. Oktober 1948 als gewerkschaftliche Vertretung aller Sprachgruppen gegründet worden. Heute sind wir der mitgliederstärkste Gewerkschaftsbund in Südtirol, ein wichtiger Verhandlungspartner und eine starke Interessenvertretung.

Dazwischen liegen 75 Jahre sprachgruppenübergreifender Einsatz für die Rechte und Interessen der arbeitenden Bevölkerung und für das friedliche Zusammenleben.

Wir nehmen unseren 75. Gründungstag zum Anlass, um eine

Jubiläumsveranstaltung mit vielen Ehrengästen und Delegierten abzuhalten. Diese findet am 16. Oktober 2023 im NOI Techpark in Bozen statt. Dabei wird auf die Geschichte, die Ereignisse und die Errungenschaften der vergangenen 75 Jahre zurückgeblickt. Im Blickpunkt stehen dabei neben den Gründungswerten Solidarität, Unabhängigkeit und sprachgruppenübergreifende Zusammenarbeit auch die derzeitigen und zukünftigen Schwerpunkte und Ziele.

Bei der Veranstaltung wird auch das Lesebuch vorgestellt, in dem die



„75 Jahre SGBCISL, unsere Werte, unsere Geschichte – für Solidarität und soziale Gerechtigkeit“, zum Jubiläum wird diese Broschüre erscheinen. Sie erzählt in Etappen ein Dreivierteljahrhundert SGBCISL und gibt Einblicke in unsere Organisation und unsere Tätigkeit.

Beiträge von Sepp Stricker gesammelt sind, die 20 Jahre lang unter der Rubrik „Standpunkt“ in dieser Zeitschrift erschienen sind.

Unterschriften für mehr Beteiligung

Die CISL sammelt derzeit Unterschriften für ein Volksbegehren. Ziel ist es, die Beteiligung der Arbeitnehmer/innen in den Betrieben auszubauen und dadurch einige Besserstellungen zu erreichen.

„Ein Platz am Tisch“ („un posto al tavolo“), unter diesem Motto sammelt die CISL derzeit italienweit Unterschriften für ihr Volksbegehren zum Ausbau der Beteiligung der Arbeitnehmer in den Betrieben. Ziel ist es, den Arbeitnehmern in den größeren Unternehmen mehr Gewicht in den strategischen Entscheidungen der Betriebe und bei der Arbeitsorganisation zu verleihen.

Dabei geht es um vier Ebenen der Beteiligung: die verwaltungstechnische, die finanzielle und die organisatorische sowie die beratende Funktion. Konkrete

Ziele sind z.B., dass Arbeitnehmer/innen bzw. Arbeitnehmervertretungen von Großbetrieben in Verwaltungsräten vertreten sind, sich mittels Aktienpläne beteiligen können, stärker in innovative Produktionsprozesse (mit Prämien) eingebunden und bei

Diese Beteiligung stellt für die CISL eine große Chance dar, um die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer/innen zu verbessern.

strategischen Entscheidungen angehört werden.

Der Vorschlag der CISL sieht ein Rahmengesetz zum Ausbau der Beteiligung vor. Die Formen der Beteiligung und spezifische Maßnahmen sollen dann von den Sozialpartnern über die Kollektivverträge geregelt werden.

Sollten die italienweit notwendigen 50.000 Unterschriften bis Ende November gesammelt sein, muss sich das Parlament mit diesem Entwurf befassen.

In Südtirol sammelt der SGBCISL Unterschriften für dieses Volksbegehren. Im September haben Aktionstage mit Unterschriftensammlungen in vier SGBCISL-Sitzen stattgefunden. Es ist möglich, die Initiative in Südtirol noch bis Ende Oktober zu unterstützen: in



Foto: © Blue Planet Studio – stock.adobe.com

Bozen in den Bürgerzentren Don Bosco, Europa-Neustift, Gries-Quirein, Oberau-Haslach und Zentrum-Bozner Boden-Rentsch sowie in zuständigen Gemeindeämtern von Brixen, Bruneck, Meran, Lana, Eppan, Sterzing, Terlana, Neumarkt, Völs und Leifers.

Unterschreiben ist wichtig, es geht um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Einfluss auf die betriebliche Organisation und die Unternehmensentscheidungen.

Mehr dazu auf www.sgbcisl.it

Merans Pferderennplatz: Tradition trifft auf modernen Wandel

Auf einer Fläche von knapp 40 Hektar wird sich in Zukunft nicht mehr alles nur um Pferderennen drehen. Es sollen auch Forschung und Freizeitaktivitäten Platz finden.

Im Juni dieses Jahres hat die Südtiroler Landesregierung grünes Licht für die Unterzeichnung des Tauschvertrages mit der Gemeinde Meran gegeben, wodurch 60% des Pferderennplatzes im Tausch gegen Immobilien an das Land übergehen sollen.

Landeshauptmann Arno Kompatscher und Merans Bürgermeister Dario Dal Medico haben dann im August das Dokument zur Finanzierung der Aufwertung des Pferderennplatzes unterzeichnet. Ein Ausschuss übernimmt die Verwaltung des Projekts. Dieser setzt sich aus vier Personen zusammen, zwei Vertreter stellt das Land, zwei die Gemeinde Meran.

Der Pferderennplatz, welcher ca. 40 Hektar Fläche und eine 5km lange Rennbahn umfasst, erfreut sich bereits jetzt internationaler Bekanntheit. Durch die stärkere Einbindung des Landes soll die Einrichtung nicht nur zukunftsfähig werden, sondern

auch eine einladende und moderne Infrastruktur für Bürger wie Touristen sein.

Im Gegenzug erhält die Gemeinde Meran vom Land mehrere Immobilien: das ehemalige Böhler-Krankenhaus in Obermais, das alte Gerichtsgebäude und das ehemalige Schülerinnenheim „Maria Ward“ am Sandplatz. Letzteres wurde bereits von Februar bis April als Kälte-Notunterkunft für Obdachlose genutzt und soll, so die Weisung des Landes, seine soziale Zweckbestimmung beibehalten.

Die künftige Neugestaltung der Anlage wird über einen internationalen Planungswettbewerb ausgeschrieben. Im Projekt muss die besondere historische Bauweise berücksichtigt werden.

Geplant ist ein internationales Referenzzentrum für den Pferdesport. Die Anlage soll außerdem auch Einrichtung für Freizeitaktivitäten und

Forschungsinstitute sein. Bereits jetzt hat das Innovationszentrum „MIND“ eine neue Heimat unter den Tribünen des Pferderennplatzes gefunden. Dort werden interessierte Personen, Unternehmen und Startups bei der Realisierung ihrer Projekte unterstützt.

Es ist zu begrüßen, wenn in die Jahre gekommene Strukturen aufgewertet und auch neuen Bestimmungen zugeführt werden. Besonders interessant wird das Projekt dadurch, dass geplant ist, das Areal auch für Aktivitäten abseits vom Wettsport zu nutzen.

Die im Tauschhandel an die Stadt Meran übergehenden Immobilien bieten neues Potenzial für die Stadtentwicklung. Es ist wichtig, dass dieses auch genutzt wird.

Omar Covi
SGBCISL Meran



Vereinbarkeit Familie-Beruf: ein Gebot für das Wohlbefinden der Arbeitnehmer

Bozen ist „Welthauptstadt der Zeit“ 2023/24. Dazu sind einige Initiativen gestartet worden, um die Bevölkerung für die Wichtigkeit von Zeit zu sensibilisieren. In diesen Themenbereich fällt auch die Vereinbarkeit von Privatleben und Arbeit, ein Schwerpunktziel des SGBCISL.

In einer immer frenetischeren Arbeitswelt ist das Streben nach einem Gleichgewicht zwischen familiärer Verantwortung und beruflichen Anforderungen immer schwieriger. Dieses Gleichgewicht, mit all seinen Facetten und Komplexitäten, ist für viele eine große Herausforderung, vor allem für Eltern und all jene Personen, die ältere Menschen, Pflegedürftige oder kranke Familienangehörige pflegen und betreuen müssen, gerade wenn letztere unter einer schweren Erkrankung leiden. Die Gewerkschaft ist bei dieser Herausforderung ein Verbündeter, wenn es um die Verteidigung der Rechte und das Wohlbefinden von Arbeitnehmer/innen geht.

Gewerkschaften spielen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle. Es ist eine wichtige Aufgabe, die im Interesse der Arbeitnehmer/innen weitergebracht

werden muss. Der SGBCISL hat sich stets dafür eingesetzt, die Rechte der Arbeitnehmer/innen zu schützen, auch im Bereich der Mutter- und Vaterschaft sowie der bezahlten Wartestände. Es sind grundlegende Rechte, auf denen die Vereinbarkeitsmöglichkeiten aufbauen, ohne dass jemand vor schmerzhaften Entscheidungen gestellt wird.

Das gewerkschaftliche Engagement geht über Betriebsverhandlungen hinaus. Der SGBCISL setzt sich auch gegenüber der Politik dafür ein, dass die Vereinbarkeit gefördert und erleichtert wird. Dazu zählen konkrete Maßnahmen und Wartestände, die es Arbeitnehmer/innen ermöglichen, sich mehr Zeit für die Betreuung ihrer Kinder zu nehmen. Außerdem soll der Zugang zur Kleinkindbetreuung erleichtert werden. Das Ziel ist es letztlich, ein Ambiente und ein Umfeld zu schaffen, in

dem die Arbeitnehmer/innen mit der Herausforderung, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, nicht allein im Regen stehen.

Eine bessere Vereinbarkeit ist geradezu ein Gebot. Für uns als Bezirksstruktur steht das Wohlbefinden der Arbeitnehmer/innen und ihrer Familien im Vordergrund, und dieses Ziel wollen wir bei sämtlichen sich bietenden Gelegenheiten und an den Verhandlungstischen weiterverfolgen, an denen wir vertreten sind, vor allem auf Gemeindeebene. Eine gelungene Vereinbarkeit bedeutet soziale Gerechtigkeit und bringt wirtschaftlichen Fortschritt. Die Zukunft der Arbeit erfordert ein harmonisches Gleichgewicht zwischen Arbeit und Familie, und wir sind bereit, diesen Wandel mitzugestalten.

Michael Raveane
Bezirkssekretär Bozen/Unterland



Viel Platz für Innovation in Bruneck

Im Mai 2023 wurde der Brunecker „NOI Techpark“ im Zentrum der Stadt eröffnet. Dabei handelt es um eine Außenstelle des NOI Techpark Südtirol, der seinen Hauptsitz in der Industriezone in Bozen hat. Worum geht es genau und was bedeutet dieser neue Standort für Bruneck und für das Pustertal?

„NOI“ bezieht sich auf den Dialektausdruck für „neu“ und das italienische Wort für „wir“ und steht für „Nature of Innovation“. Das Thema Innovation zieht sich als roter Faden durch alle Tätigkeitsbereiche dieses Wissenschafts- und Technologieparks, ebenso das Thema des Netzwerkens und des Austauschs zwischen verschiedenen Akteuren. Damit sind einerseits große und kleine Unternehmen gemeint, sowohl bereits etablierte oder auch Neugründungen („Start-Ups“) sowie andererseits Studierende und Forschende der Universität Bozen und anderer Forschungsinstitute. Es geht also um Kooperation zwischen Wirtschaft und Forschung. Dies findet in vier Technologiefeldern statt:

1. grüne Technologien für die Energiewende,
2. digitale Technologien,
3. Lebensmitteltechnologien
4. Bereich „Automotive und Automation“, in dem es um Fertigungs-, Automobil-, und Mobilitätslösungen geht.

Das Herzstück des NOI Techpark in Bruneck sind 47 Labore, die Unternehmen und WissenschaftlerInnen für Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen zur Verfügung stehen. Unternehmen können sich auch für Beratungen zum Thema Forschung und Entwicklung an den NOI Techpark wenden, dort erhalten sie auch Informationen zu möglichen Partnern aus Wirtschaft und Forschung und zu Finanzierungsmöglichkeiten durch die EU. Lokale Unternehmen, welche die Infrastruktur und Dienste der Labore in Anspruch nehmen, erhalten hierfür einen Beitrag von der Provinz. Besonders unterstützt werden auch GründerInnen von „Start-Up“-Unternehmen, die sich mit ihren innovativen Ideen an den NOI Techpark wenden und dort Unterstützung und Raum erhalten können. Daneben werden auch



Workshops für Grund- und Mittelschulklassen sowie Tage der offenen Tür für Jugendliche angeboten.

Angrenzend an den NOI Techpark befindet sich das neue Veranstaltungszentrum „NOBIS“, das Raum für Veranstaltungen aller Art bietet. Finanziert wurde der Bau des NOI Techpark wesentlich über den nationalen Wirtschaftsentwicklungsfonds. Das Ziel des NOI Techpark ist dementsprechend ein Innovationsschub für Unternehmen, damit diese bei der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft mit dabei sein können, sowie die Forschung in diesem Bereich zu fördern. Davon erhofft man sich auch neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft sowie attraktive Betätigungsmöglichkeiten in Forschung und Wissenschaft, die schlaue Köpfe im Land halten sollen.

Es sind hohe Ansprüche und Ziele, die hier verfolgt werden, die nächsten Jahre werden zeigen ob diese erreicht werden können. Besonders im Auge zu behalten ist die Frage, ob wirklich auch kleinere Unternehmen im Pustertal konkret vom NOI Techpark profitieren werden, oder ob ihn nur die wenigen großen Betriebe nutzen, die

bereits in diesen Technologiefeldern aktiv sind. Wie immer, wenn neue Arbeitsplätze und Plätze für Forschende und Studierende geschaffen werden sollen, stellt sich in unserem Bezirk auch die Frage nach Wohnraum für diese Personen, der bereits knapp und nur selten leistbar ist. Nicht umsonst stellte der Direktor der Universität Günther Mathà in der Tageszeitung Dolomiten vom 15.09.23 fest, dass es in Südtirol noch 2 oder sogar 3 weitere Studentenwohnheime mit jeweils 200 bis 250 Plätzen braucht. Auch dieser Aspekt ist also zu bedenken und zu beobachten.

Josef Untermarzoner
SGBC/ISL Eisack/Rienz

ISEE: der andere Elternteil ist immer anzugeben

Das Land ist bei einigen Anträgen auf Landeskindergeld auf fehlerhafte ISEE-Erklärungen gestoßen, besonders bei nicht verheirateten und nicht zusammenlebenden Eltern. Deshalb einige Klarstellungen dazu.

Seit 2022 braucht es für das Landeskindergeld die ISEE-Bescheinigung. Diese wird vom INPS ausgestellt. Sie enthält die meldeamtlichen Daten des Antragstellers und der Familie sowie die Angaben zu Einkommen und Vermögen. Die ISEE ist eine Berechnung der Daten, welche vom Bürger in der Erklärung DSU („Dichiarazione Sostitutiva Unica“) angegeben werden. Diese Erklärung kann entweder selbst über die Internetseite des INPS oder über ein Steuerbeistandszentrum gemacht werden.

Die in der DSU enthaltenen Angaben werden zum Teil vom Bürger selbst erklärt (etwa die meldeamtlichen Daten oder ob in der Familie Personen mit einer Beeinträchtigung leben). Andere wiederum kommen direkt von den Datenbanken der Agentur für Einnahmen (z.B. das besteuerbare Gesamteinkommen) und des INPS (vom INPS ausgezahlte Vor- und Fürsorgeleistungen – nicht hingegen die auf Landesebene ausbezahlten Leistungen). Die Person, welche die DSU-Erklärung unterschreibt, haftet auch strafrechtlich für die Angaben.

Um das Landeskindergeld beantragen zu können ist es notwendig, die Erklärung DSU abzufassen, in welcher berücksichtigt ist, dass

Minderjährige in der Familie leben. Zu beachten ist die Situation der Eltern des minderjährigen Kindes, für welches das Landeskindergeld beantragt wird. Diese Art von DSU ermöglicht es, den entsprechenden ISEE-Wert zu ermitteln (=“ISEE Minorenni“).

An dieser Stelle ist vorauszuschieken, dass verheiratete Eltern und minderjährige Kinder derselben Familiengemeinschaft zugerechnet werden, auch wenn sie nicht zusammenleben (mit Ausnahme besonderer Fälle). Dies bedeutet, dass die Eltern eines minderjährigen Kindes, die verheiratet sind, aber verschiedene Wohnsitze haben, gemeinsam mit dem minderjährigen Kind, für welches um Landeskindergeld angesucht wird, in ein und dieselbe DSU fallen.

Die Eltern des minderjährigen Kindes bilden nur dann zwei verschiedene Familiengemeinschaften, wenn:

1. es ein Trennungsurteil bei Gericht gibt, in dem der Unterhalt bzw. die Auszahlung von Unterstützungsleistungen für Kinder geregelt ist;
2. einem Elternteil die elterliche Verantwortung entzogen ist oder eine Verfügung zur Entfernung vom Familienwohnsitz gegen einen Elternteil vorliegt;

3. von einer zuständigen Stelle festgestellt ist, dass ein Elternteil keine wirtschaftlichen und emotionalen Beziehungen zum Kind unterhält.

Private Vereinbarungen unter den Eltern auch vor dem Notar sind nicht gültig. Ein Elternteil, der mit dem anderen nicht verheiratet ist und mit dem minderjährigen Kind nicht zusammenlebt, das Kind bei der Geburt aber anerkannt hat, muss bei der Abfassung der „ISEE minorenni“ immer mitberücksichtigt werden. Der Erklärer muss also bei der Abfassung der DSU die Einkommen und Vermögen beider angeben, seine und die des anderen Elternteils.

Wer sich an unsere Steuerdienstbüros wendet und nicht alle erforderlichen Unterlagen vorlegt, riskiert die Ablehnung des Antrags auf Landeskindergeld, auch wenn das INPS die ISEE-Bescheinigung ohne Feststellung von Abweichungen bzw. Unregelmäßigkeiten ausstellen sollte. Dies passiert, falls das Land bei Kontrollen fehlerhafte oder unterlassene Einkommens- und Vermögenswerte von nicht verheirateten und nicht zusammenlebenden Elternteilen feststellt.

Sarah Fellin
Steuerdienst CAF SGBCISL



Der QR-Code führt zu unserer Info-Seite zu den notwendigen Unterlagen für die ISEE und zur online-Terminvormerkung in unseren Bezirksbüros.

Wirtschaftliche Leistungen für Familien mit Kindern - einige Hinweise

Zielgruppe, Voraussetzungen, Fälligkeiten – Wir greifen die Fragen auf, die Eltern in unseren Büros häufig stellen, auch im Lichte der jüngsten Neuerungen, und nehmen dafür einige Unterstützungsleistungen für Familien unter die Lupe.

Einheitliches, staatliches Familiengeld (assegno unico)

- › Die Höhe hängt von der Familienzusammensetzung und der wirtschaftlichen Lage laut ISEE ab. Ohne ISEE steht einkommensunabhängig ein Fixbetrag zu.
- › Bezugszeitraum: jährlich, immer von März bis Februar des Folgejahres.
- › Antragstellung bei Geburt: innerhalb 120 Tagen.
- › Es ist ratsam, zuerst die ISEE abzufassen und dann die Leistung zu beantragen.
- › Es ist nicht notwendig, den Antrag jährlich zu erneuern, es sei denn, es gibt Änderungen beim Anrecht (z.B. bei der Familienzusammensetzung). Um den vollen Beitrag zu erhalten, muss allerdings die ISEE erneuert werden, und zwar innerhalb Juni jeden Jahres. Andernfalls steht nur der Grundbetrag zu.

Landeskindergeld

- › Anrecht und Höhe richten sich nach der wirtschaftlichen Lage laut ISEE. Die Leistung steht zu, falls der ISEE-Wert unter 40.000 Euro liegt.
- › Bezugszeitraum: Es ist derselbe wie beim einheitlichen, staatlichen Familiengeld, März bis Februar des Folgejahres.
- › Antragstellung bei Geburt: Ansuchen innerhalb 180 Tagen. Vorher muss die ISEE abgefasst werden.
- › Jährliche Verlängerung: jedes Jahr zwischen Jänner und September. Vorher muss die ISEE abgefasst werden.

Landesfamiliengeld

- › 200 Euro monatlich in den ersten drei Lebensjahren des Kindes (einkommensunabhängig).



Foto: © sa73it - stock.adobe.com

- › Antragstellung bei Geburt: Ansuchen innerhalb 1 Jahr.
- › Es ist keine jährliche Verlängerung nötig.

Landesfamiliengeld +

- › Für Väter, die in den ersten 18 Lebensmonaten des Kindes mindestens 2 Monate ununterbrochen Elternzeit in Anspruch nehmen. Nur für Angestellte in der Privatwirtschaft.
- › Der Betrag hängt von der Dauer und der Bezahlung während der Elternzeit ab.
- › Ansuchen innerhalb 90 Tage nach dem Ende der beanspruchten Elternzeit.

Kinderhortbonus

- › Steht allen Eltern für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kindertagesstätten zu. Dieser Bonus kann auch beansprucht werden, wenn das Kind wegen einer schweren Erkrankung keinen Hort besuchen kann und die Betreuung zu Hause in Anspruch genommen wird.
- › Die Höhe richtet sich nach der wirtschaftlichen Lage laut ISEE.
- › Ansuchen jährlich innerhalb Dezember für das laufende Jahr.

Rentenmäßige Absicherung der Erziehungszeiten

- › Zuschuss für Eltern, die nach der Geburt selbst in die Rentenkasse (INPS oder Zusatzrentenfonds) einzahlen. Nur für Angestellte in der Privatwirtschaft.
- › Bei Beendigung oder Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, bis zum 3. Geburtstag des Kindes. Zuschuss bis zu 9.000 €.
- › Bei Teilzeitarbeit (höchstens 70% Teilzeit): Auch wenn die Arbeit nicht beendet oder unterbrochen wird, bis zum 5. Geburtstag des Kindes. Zuschuss bis zu 4.500 Euro.

Falls bei der Geburt kein lohnabhängiges Arbeitsverhältnis besteht...

- › gibt es das staatliche Mutterschaftsgeld des INPS (einkommensunabhängig).
- › Falls die Voraussetzungen dafür nicht bestehen, kann für das staatliche Mutterschaftsgeld angesucht werden (das Anrecht hängt von der wirtschaftlichen Lage laut ISEE ab).

Vielleicht besteht Anspruch auf Leistungen von bestimmten Einrichtungen

- › Bilaterale Körperschaften oder ergänzende Gesundheitsfonds können Leistungen für Mitglieder mit Kindern vorsehen. Informationen hierzu erteilen die Fachgewerkschaften.

Weitere Informationen und Hilfestellung bei den Anträgen gibt es in den INAS-Patronatsbüros.

Wenn die Arbeit zur Last wird

Zu den Diensten des SGBCISL zählt auch der Schalter gegen Belastungen am Arbeitsplatz.

Wir erinnern unsere Mitglieder daran, dass wir eine Kontakt- und Beratungsstelle eingerichtet haben für jene Arbeitnehmer/innen, die mit Belastungen am Arbeitsplatz konfrontiert sind. Geboten werden zwei individuelle, kostenlose Beratungsgespräche mit Arbeitspsychologen. Ziel ist es, die Ursachen des Unbehagens zu ergründen und Strategien zur Bewältigung der Belastungen zu erörtern.

Um den Dienst zu kontaktieren, könnt ihr euch an eure Fachgewerkschaften in den Bezirkssitzen in Bozen, Meran, Brixen und Bruneck wenden.



Foto: © vegefox.com - stock.adobe.com

Deine Rechte als Verbraucher/In

Ich habe ein Produkt gekauft und daraufhin wieder an den Verkäufer zurückgegeben, weil es mir doch nicht gefällt. Der Verkäufer bietet mir zwar einen Gutschein, ist aber nicht dazu bereit, das Geld zu erstatten. Ich möchte aber mein Geld zurück. Ist der Verkäufer dazu verpflichtet, den Preis zurückzuerstatten, oder muss ich den Gutschein akzeptieren?

Wenn Sie das Produkt online gekauft haben, steht Ihnen innerhalb 14 Tagen ab Lieferung (viele Online-Shops gewähren auch längere Fristen) das Rücktrittsrecht zu. Sie können das Produkt ohne Angabe von Gründen zurückschicken und den Preis zuzüglich der ursprünglichen Lieferkosten zurückverlangen.

Haben Sie das Produkt jedoch direkt im Geschäft gekauft, so steht Ihnen dieses Recht nicht zu. Sollte der Verkäufer Ihnen ein Umtausch- oder Rückgaberecht einräumen, so gelten hierbei die Bedingungen, die der Verkäufer für diesen Fall vorsieht. Er kann die Rückgabefrist festlegen und auch bestimmen, ob lediglich ein Umtausch oder auch eine Erstattung möglich ist. Häufig ist die Frist auf dem Kassenzettel angegeben.

Achtung: Falls das Produkt zurückgegeben wird, weil es beschädigt ist, gelten hingegen die Bestimmungen der gesetzlichen Gewährleistung.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des EVZ unter: https://www.euroconsumatori.org/de/news_de/815

Rubrik in Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen VZS und EVZ

Lehrlingskalender 23/24 veröffentlicht

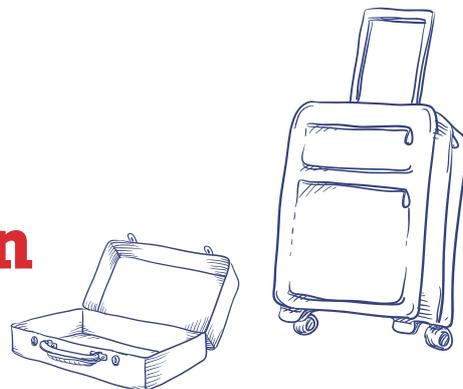
Kürzlich ist die neue Ausgabe des AFI-Lehrlingskalenders erschienen. Das Handbuch gibt Auskunft darüber, was Lehrlinge wissen müssen: Rechte und Pflichten von Lehrling und Arbeitgeber, Entlohnungen, Berufsbildungs- und Karrierewege nach dem Lehrabschluss, nützliche Kontaktdaten uvm. Der Lehrlingskalender ist wie gewohnt zu Schulbeginn in gedruckter Form erschienen und zu Schulbeginn in den Berufsschulen verteilt worden. Die Onlineversion ist unter www.lehrlingskalender.it abrufbar und wird laufend aktualisiert.

Zusatzrentenberatung am Freitagvormittag

Ab 1. Oktober 2023 wird der Pensions-Infopoint im SGBCISL-Sitz in der Siemensstraße in Bozen jeden Freitagvormittag Beratungen zur Zusatzrente anbieten.

Der Termin kann über die Telefonzentrale des Steuerdienstes in Bozen (0471 568425), den Bezirkssitz Neumarkt (0471 812139) oder online auf www.sgbcisl.it vorgemerkt werden.

Wir erwarten euch mit unseren Angeboten



Wir freuen uns, dass es so aussieht, als ob wir nach zwei schwierigen Jahren wieder langsam zur Normalität zurückfinden können. Das belegt auch die Anzahl der Mitglieder: bis zum Stichtag 31. August 2023 waren es südtirolweit 480, überwiegend Pensionisten.

Unsere Mitglieder haben letzthin an verschiedenen Thermal- und Meeraufenthalten teilgenommen, in Abano Terme, Cattolica, Alba Adriatica, Apulien und Sardinien. Was die Kulturfahrten anbelangt, ist die zweitägige Fahrt nach Venedig zur „Tutenchamun“-Ausstellung hervorzuheben.

Gut angekommen sind zudem die Tagesfahrten mit gemeinsamen Mittagessen. Im Oktober stehen noch Fahrten nach Ischia, Abano sowie Ägypten auf dem Programm.

Wir erinnern an die Möglichkeit, vormittags von Montag bis Donnerstag in unserem Sitz in der Claudia-Augusta-Straße in Bozen/Oberau vorbeizuschauen für einen Plausch, einen Kaffee oder um eine Zeitung zu lesen. Im Herbstangebot findet sich auch etwas für die körperliche Fitness, z.B. Tanzkurse, Wassergymnastik und Yogakurse.

Wir weisen noch auf zwei Initiativen hin: Die Fahrt nach Brescia (Italiens Kulturhauptstadt 2023) am 21. Oktober und nach Bussoleto (VR) am 27. November, wo wir das Weihnachtsdorf der Gärtnerei Flover besichtigen.

Wir arbeiten derzeit noch weitere Angebote aus. Aktuelle Infos dazu gibt auf unserer Internetseite www.sgbcisl.it/etsi oder direkt in unseren Büros.



Der Sitz in Oberau

Das Team des ETSI

etsi provinciale aps
 Programm der ETSI

BRESCIA GEFÜHRTE TOUR
 (Italienische Kulturhauptstadt 2023)
 • MITTAGESSEN IN EINER ENTWEIHTEN KIRCHE AUS DEM 11. JAHRHUNDERT
Samstag 21.10.2023 - € 75,00

2023 ist das Jahr, in dem Bergamo und Brescia zur Kulturhauptstadt Italiens ernannt werden! Die Wahl wurde im Juli 2020 von der italienischen Regierung getroffen, die damit auf einen Vorstoß der beiden Städte reagierte und sie mit dem Titel als Lichte der Hoffnung und der Fortschritt "entweihen" wollte.

2023 ist das Jahr, in dem Bergamo und Brescia zur Kulturhauptstadt Italiens ernannt werden! Die Wahl wurde im Juli 2020 von der italienischen Regierung getroffen, die damit auf einen Vorstoß der beiden Städte reagierte und sie mit dem Titel als Lichte der Hoffnung und der Fortschritt "entweihen" wollte.

MENÜ
VORSPEISE
 Aufschnittplatten, warmer Bitterleigstudel mit Schinken und Mozzarella, gegrillte Polentine mit Cognac-Käse, gebratenes Gemüse, Bruschettine mit Kirschtomaten, gerösteter Tagliatelle.

ERSTER GANG
 Casoncelli mit Sahlabutter und Parmesankäse, Steinpilzrisotto

HAUPTGERICHT
 Lendensteak mit Gemüse der Saison und gebackenen Kartoffeln

HAUSDSSERT - WEIN - WASSER - KAFFEE

ANZAHLUNGEN UND RESTBETRÄGE EINZUZAHLEN AN: ETSI PROVINCIALE APS
 Bank POSTE ITALIANE (IBAN: IT06 1076 0111 6000 0102 8182 630)

etsi provinciale aps
 Programm der ETSI

SANTA CLAUS WEIHNACHTLICHES DORF
 "Gärtnerei Flover"
 Bussoleto (Vr)
MITTAGESSEN FISCH/FLEISCH
Am Montag 27.11.2023 - € 60,00

Programme (in Bozen und Bozen mit mind. 8 Personen)
 07.30 Uhr Einbruch in Eladpe muss noch festgelegt werden
 10.00 Uhr Besuch im Gärtnergeschäft mit dem Santa Klaus Weihnachtsdorf
 13.30 Uhr Zum Mittagessen in das Restaurant LA COLLINETTA in Moranziano
 16.30 Uhr Abfahrt zur Rückfahrt

MENÜ - FISCH oder FLEISCH (bei der Buchung angeben)

FISCH	VORSPEISE	FLEISCH
Oktober-Salat, geräucherter Lachs, Käsejoghurt, Saucine in saure, kalifornische Gemüse, Blauschne, Goldkornweizen in Sauce	Meeresfrüchte-Risotto und Loggino mit Vinsantichino	Aufschnittplatten Gemüse und Käse Polenta mit Pilzen
ERSTER GANG	HAUPTGERICHT	ERSTER GANG
Gegrillter Wolfsbarsch, Risengemüse und gebratener Fisch	Sorbetto	Pilz-Risotto und Kürbis-Tortelli
HAUSDSSERT - WEIN - WASSER - KAFFEE	HAUSDSSERT - WEIN - WASSER - KAFFEE	HAUSDSSERT - WEIN - WASSER - KAFFEE

ANZAHLUNGEN UND RESTBETRÄGE EINZUZAHLEN AN: ETSI PROVINCIALE APS
 Bank POSTE ITALIANE (IBAN: IT06 1076 0111 6000 0102 8182 630)

Informationen:
 ETSI Kultur und Freizeit
 Siemens-Straße 23, Bozen
 Tel. 0471 568 476 – etsi@sgbcisl.it
www.sgbcisl.it/etsi

Solidarität für...

Ein Lob den freiwilligen Helferinnen und Helfern

In den letzten Monaten haben Unwetterschäden weltweit für Schlagzeilen gesorgt: Brände in Kanada, Griechenland und Süditalien, die großen Überschwemmungen in der Emilia Romagna und in Deutschland. Auch in Südtirol hat es im Sommer Unwetterschäden gegeben.

Überall sind gemeinsam mit „professionellen“ Einsatzkräften viele Freiwillige im Einsatz, um Betroffenen zu helfen und Schäden zu beseitigen. Ihre Hilfsbereitschaft ist gelebte, tatkräftige Solidarität, indem sie in Not geratenen Menschen helfen, stärken sich auch die Gemeinschaft.

Auch wenn nicht jede Naturkatastrophe hauptsächlich nur auf den Klimawandel und die

Eingriffe des Menschen in Umwelt und Landschaft zurückzuführen ist: Wissenschaftler mahnen, dass die Häufigkeit und Intensität von extremen Wetterereignissen aufgrund der vom Menschen verursachten Erderwärmung zunehmen wird. Und folglich auch die Schäden für Menschen, Umwelt, Infrastruktur, Wirtschaft.

Darum wären wir gut beraten, die Ursachen einzudämmen: durch politische Steuerung, die Förderung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten, konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Vorbeugung von Naturkatastrophen wie z.B. Überschwemmungen und Erdbeben. Es ist in unserem Sinne und auch der vielen freiwilligen Einsatzhelfer/innen.

HAUPTSITZ

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

BEZIRKE

Bozen/Unterland

Bozen
Mailandstraße 121/A
Tel. 0471 204 602

Leifers

Weissensteiner Straße 3
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Rathausring 19
Tel. 0471 812 139

Eisack/Rienz

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 375 200
bruneck@sgbcisl.it

Sterzing

Gänsbacherstraße 33
Tel. 0472 766 640

Meran/Vinschgau

Meran

Meinhardstraße 2
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418